

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergtheimfeld/West
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:



Ersteller:



ILF Beratende Ingenieure GmbH
Werner-Eckert-Str. 7
81829 München

DokumentenzahlNr.: A100-ILF-002836-AT-005

Planfeststellung

Planfeststellungsabschnitt A3 von km 0+000 bis 43+756

Unterlagen nach § 21 NABEG

Teil K02

Voraussetzungen für Wasserrechtliche Zulassungen

Anhang 05: Unterlagen für Zulassungen zur Benutzung von
Gewässerrandstreifen nach § 38 WHG

00	27.07.2023	Unterlage nach § 21 NABEG	Hoffmann	Gullner	Pfeiffer
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Festgestellt nach §24 NABEG

Bonn, den 19.12.2024

Im Auftrag


Daniel Matz



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Abkürzungsverzeichnis	3
1 Inhalt und Zweck des Dokuments	4
2 Baumfällungen	5
2.1 Baumaßnahmen	5
2.2 Kommentare zur landesrechtlichen Prüfung	7
3 Verzeichnisse	8
3.1 Glossar	8
3.2 Literatur- und Quellenverzeichnis	8

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
Abs.	Absatz
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NI	Niedersachsen
NWG	Niedersächsisches Wassergesetz
PFA	Planfeststellungsabschnitt
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
WHG	Wasserhaushaltsgesetz

1 Inhalt und Zweck des Dokuments

Das vorliegende Dokument „Teil K02 – Anhang 05: Unterlagen für Zulassungen zur Benutzung von Gewässerrandstreifen nach § 38 WHG“ ist Bestandteil der einzureichenden Unterlagen nach § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt A3. Es beinhaltet die Unterlagen zur Beurteilung von in die Planfeststellung einkonzentrierter Zulassungen gemäß § 38 WHG „Gewässerrandstreifen“.

2 Baumfällungen

2.1 Baumaßnahmen

Für die Verlegung der Erdkabel werden umfangreiche Baumaßnahmen mit Eingriffen in den Untergrund und den Wasserhaushalt erforderlich.

Im Rahmen der Erstellung von

- temporären offenen Leitungsquerungen von Gewässern
- Herrichtung von Gewässerüberfahrten mittels Kunstbauwerken

werden auch Gewässerrandstreifen benutzt.

Die Bundesländer können für Gewässer oder Gewässerabschnitte abweichende Regelungen bezüglich der Gewässerrandstreifenbreite erlassen. Das NWG unterscheidet zwischen Gewässern 1., 2., und 3. Ordnung. Gemäß § 38 Abs. 3 WHG in Verbindung mit § 58 Abs. 1 Satz 1 NWG gelten an diesen Gewässern folgende Breiten für den Gewässerrandstreifen:

- Gewässer 1. Ordnung: 10 m
- Gewässer 2. Ordnung: 5 m
- Gewässer 3. Ordnung: 3 m

Für Gewässer 2. und 3. Ordnung können Ausnahmen gelten, wenn die bewirtschaftete Fläche gemäß § 58 Abs. 1 Satz 4-8 NWG entweder in einem Gebiet mit hoher Gewässerdichte liegt oder gemäß § 58 Abs. 1 Satz 4-8 NWG im Verzeichnis trockenfallender Gewässer des NLWKN geführt wird.

Die Lage und Ausdehnung der Gewässerrandstreifen ist im Teil F „UVP-Bericht“ Anlage 5.1 dargestellt.

Örtlich befinden sich standortgerechte Bäume im Gewässerrandstreifen, die gemäß § 38 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 WHG nicht entfernt werden dürfen.

Durch die Wahl der Trassenführung wird nach verschiedenen Variantenuntersuchungen, die im Teil B „Alternativenbetrachtung“ beschrieben werden, ein Verlauf zur Ausführung kommen, bei dem dennoch ein Erfordernis für das Roden von standortgerechten Bäumen besteht.

Bei den Maßnahmen, die Baumfällungen erfordern, handelt es sich zum einen um die offene Querung von Gewässern der 3. Ordnung, zum anderen um die Herstellung von temporären Gewässerüberfahrten mit Kunstbauwerken.

Bei der offenen Querung wird in der Regel ein Bereich für eine Baustraße mit einer Fahrspur sowie die zwei Kabelgräben vorgesehen.

Die offenen Gewässerquerungen können in verschiedenen Varianten ausgeführt werden, die im Detail dem Teil C02 „Prinzipzeichnungen Kabelanlage“, Anlage 22 dargestellt sind:

1. Variante mit beidseitiger temporärer Abdichtung des Querungsbereichs gegen das Gewässer und mit Durchlassrohr im Bereich der Baustraße und Kabelgräben
2. Variante mit beidseitiger temporärer Abdichtung des Querungsbereichs gegen das Gewässer und Überpumpen des Wassers mittels Pumpschlauch

3. Variante mit Nassverlegung als Vorabmaßnahme, dabei beidseitige temporäre Abdichtung gegen das Gewässer mit Durchlassrohr nur im Baustraßenbereich

Welche Variante tatsächlich zur Ausführung kommt, wird im Rahmen der Ausführung entschieden.

Nach Einbau der Schutzrohre erfolgt der Rückbau der Querungsvorrichtungen und eine ursprungsnahe Wiederherrichtung des jeweiligen Gewässers.

Die Gewässerüberfahrten können gemäß den Teilen C01 „Technik und Trassierung“ und C02 „Prinzipzeichnungen Kabelanlage“ in folgenden drei Varianten zur Ausführung kommen:

1. Mobile Brücke

Bei der mobilen Brücke wird ein vorgefertigter Stahlüberbau auf als Widerlager dienende Stahlplatten aufgelegt. Damit sind Gewässer mit Kronenbreiten von bis zu 8,0 m überbrückbar. Eine Fahrbahnbreite von 5 m ermöglicht dabei einen einspurigen Baustellenverkehr.

2. Durchlassbauwerk

Bei geringer Gerinnebreite (< 2,50 m) kann das Gewässer für die temporäre Zuwegung verrohrt werden. Diese Lösung empfiehlt sich für Gräben, die mit einer großen Fahrbahnbreite überfahren werden müssen (zum Beispiel Baustelleneinrichtungsflächen).

Im vorbereiteten Gerinne (von Bewuchs befreiter Gerinneabschnitt) wird ein Geotextil ausgelegt. Die Verrohrung wird in die Grabensohle gesetzt und anschließend verfüllt. Die Verfüllung ist mit einem schwach durchlässigen und verdichtungsfähigen Material herzustellen. Zur Lastverteilung ist der verfüllte Bereich großzügig mit Lastverteilungsplatten auszulegen für entsprechende Überfahrten der Bau- und Kabellogistik.

Nach Vordimensionierung werden für die temporäre Verrohrung des Gerinnes im nahezu stehenden Gewässer glatte durchgehende Stahlrohre vorgesehen. Standardmäßig kommt dabei ein Rohr mit Durchmesser DN400 mm zum Einsatz. Der Durchmesser DN400 stellt den hydraulischen Mindestdurchmesser gemäß DIN 19661 dar.

3. Lastverteilungsplatten

Für Gräben bis Kronenbreiten von bis zu 2,0 m, die überfahren werden müssen, sind gegebenenfalls Lastverteilungsplatten vorgesehen. Sie können im temporären Arbeitsstreifen der Trasse längs verlegt werden.

Alle beschriebenen Maßnahmen stellen temporäre Zustände dar, die nach Ende der Baumaßnahmen wieder zurückgebaut werden. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass die Gewässerrandstreifen über einen Zeitraum von etwa 6 Monaten durch die erforderlichen Flächennutzungen in Anspruch genommen werden.

Die Lage der betroffenen Bäume ist kartografisch im Teil L03 „Logistik- und Verkehrskonzept“ dargestellt. Im Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“ werden die betroffenen Bäume zudem tabellarisch in ihrer Lage zusammengestellt und hinsichtlich ihrer Relevanz im Hinblick auf den Verbotstatbestand des Entfernens von standortgerechten Bäumen im Gewässerrandstreifen beurteilt.

Unter Bezug auf den Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“ handelt es sich bei der Fällung der Bäume um naturschutzrechtlich relevante Eingriffe. Sofern die Wurzelballen und Stubben den Fahrwegen und Gräben nicht unmittelbar im Weg sind und entfernt werden müssen, sind sie aufgrund ihrer Lage neben Gewässern im Untergrund zu belassen, um die Stabilität der Uferböschung nicht zu gefährden.

Nach Beendigung der Inanspruchnahme werden die gefällten Bäume durch benachbarte Ersatzpflanzungen wieder aufgeforstet.

2.2 Kommentare zur landesrechtlichen Prüfung

Im vorliegenden Fall wird durch das Fällen von standortgerechten Bäumen gegen das Verbot nach § 38 Abs. 4 Satz 2 WHG verstoßen.

Die Beurteilung der Notwendigkeit der Fällung der Bäume erfolgte aufgrund von planerischen Abwägungen der geringsten Eingriffe, nach denen die Leitungstrasse und Zuwegungen festgelegt wurden.

Die Baumaßnahmen stellen nur einen temporären Zustand dar, der nach Ende der Bautätigkeiten wieder in den ursprungsnahen Zustand mit anschließender Rekultivierung versetzt wird. Es werden keine dauerhaften negativen Auswirkungen auf die Funktionen nach § 38 Abs. 1 WHG erwartet.

Zusammenfassend werden keine Versagensgründe für eine Verbotsbefreiung nach § 38 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 WHG für die zu fällenden Bäume gesehen.

Im Übrigen wird auf die Befreiungsmöglichkeit nach § 38 Abs. 5 WHG hingewiesen, nach der die zuständige Behörde eine Befreiung von Verboten erteilen kann, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Maßnahme erfordern.

Mit Blick auf das Vorhaben SuedLink ist festzuhalten, dass es sich um ein Vorhaben handelt, dessen energiewirtschaftliche Notwendigkeit und vordringlicher Bedarf durch § 1 Abs. 1 BBPlG in Verbindung mit Nr. 1 der Anlage zum BBPlG gesetzlich festgestellt sind. § 1 Satz 3 NABEG stellt zudem gesetzlich ausdrücklich klar, dass die Realisierung der erfassten Stromleitungen, aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist.

3 Verzeichnisse

3.1 Glossar

Freibleibend

3.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

/1/ **NWG:** Niedersächsisches Wassergesetz vom 19.02.2010, zuletzt geändert am 22.09.2022

/2/ **WHG:** Wasserhaushaltsgesetz vom 31.07.2009, zuletzt geändert am 04.01.2023